

Antrag

der

Abgeordneten Altenbacher, Birchbauer und Genossen,

betreffend

Freigabe von Raps und Rübsen.

Laut Mitteilung des deutschösterreichischen Staatsamtes für Volksernährung bleibt auch für dieses Wirtschaftsjahr die Beschlagnahme von Raps und Rübsen aus der inländischen Ernte zugunsten des Staates im Sinne der Vollzugsanweisung vom 31. Mai 1919 aufrecht. Den einzelnen Bezirkswirtschaftsämtern wurde dies bereits kundgemacht. Die Beschlagnahme hat die Wirkung, daß die beschlagnahmten Waren weder verarbeitet, verbraucht, verfüttert, noch freiwillig oder zwangsweise veräußert werden dürfen. Die Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe dürfen die der nächsten Feldbestellung entsprechenden Mengen zur Aussaat verwenden. Sie haben jedoch über diese Aussaat und die damit bestellten Anbauflächen unter Angabe der Ernte der Aussaat der österreichischen Kontrollbank für Industrie und Handel in Wien im Wege des Bezirksgetreideinspektorats die Anzeige zu erstatten. Die Übernahme der beschlagnahmten Ware erfolgt durch die österreichische Kontrollbank für Industrie und Handel in Wien.

Jene Landwirte, welche Raps und Rübsen angebaut haben, sind nach der ob erwähnten Verordnung verpflichtet, die geerntete Menge bis längstens 1. August 1920 jener Kontrollbank im Wege des Bezirksgetreideinspektorats anzuzeigen.

Die Unterzeichneten fordern die Aufhebung dieser Verordnung und Freigabe der Raps- und Rübenernte aus folgenden Gründen: In Deutschösterreich werden Raps und Rübsen nur in sehr geringen Mengen gebaut, die hauptsächlich zur Deckung des Eigenbedarfes an Öl bestimmt sind. Es ist vollständig zwecklos, für diese geringen Mengen einen derartigen Ausbringungsapparat in Bewegung zu setzen, da es offensichtlich ist, daß wegen der geringen angebauten Quantitäten nur ganz unbedeutende Mengen zur Ablieferung kämen. Es wird bemerkt, daß sich auch der Fachbeirat des Staatsamtes für Landwirtschaft gegen die Beschlagnahme von Raps und Rübsen ausgesprochen hat. Wie bereits erwähnt, benötigt der Bauer die Raps- und Rübenernte zur Ölerzeugung, vor allem als Ersatz für das Kürbisöl, da diese Frucht gewöhnlich versagt. Im vergangenen Jahre ist durch die schlechte Witterung die Kürbisernte und damit die Kürbisölgewinnung sehr schlecht ausgefallen. In diesem Jahre wurde der Kürbisbau bedeutend vermindert wegen der regelmäßig schlechten Ernte, so daß der Landwirt die sehr geringen Mengen von Raps und Rübsen unbedingt für sich benötigt, da er das Öl als Ersatz für Schweinefett verwendet, nachdem durch den Rückgang der Schweinezucht infolge Mangel an Futtermitteln auch bei dem Bauer sich Fettleibigkeit eingestellt. Durch die Beschlagnahme würde auch für den Landwirt der Raps- und Rübsenfuchen verloren gehen, welchen er dringend für seine Schweinezucht benötigt.

Die Regierung sollte daher alles daran setzen, daß der Raps- und Rübsenanbau vermehrt wird. Das ist aber nur durch die Freigabe möglich; denn es ist klar, daß durch eine Beschlagnahme der Raps- und Rübsenanbau weiter zurückgeht.

Es wird darauf hingewiesen, daß die Bevölkerung die Beschlagnahme der ohnedies sehr geringen Raps- und Rübsenernte als Seffatur und völlig zwecklos ansieht, da doch die Zwangsbevirtschaftung vollständig versagt hat und auch heuer ganz versagen wird. Es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß trotz der Beschlagnahme kaum nennenswerte Mengen zur Ablieferung kämen. Es wird auch darauf hingewiesen, daß die Stimmung der bäuerlichen Bevölkerung bezüglich der neuerlichen Beschlagnahme eine sehr erregte ist, so daß es dringend notwendig ist, die genannte Vollzugsanweisung aufzuheben und die Beschlagnahme sofort außer Kraft zu setzen.

Die Unterzeichneten stellen daher den Antrag:

Die Nationalversammlung wolle beschließen:

„Die Regierung wird aufgefordert, die Beschlagnahme von Raps- und Rübsenernte für das Jahr 1920 außer Kraft zu setzen und die diesbezügliche Vollzugsanweisung vom 31. Mai 1919 aufzuheben.“

Wien, 18. Mai 1920.

Schöchtner.
Schönbauer.
Mayer.
Egger.
Dr. Straßner.
Dr. Urfin.

Altenbacher.
Birchbauer.
Krözl.
Größbauer.
Waber.
L. Stocker.